

Die Verwaltung berichtet zur aktuellen Haushaltslage anhand einer Präsentation, die im Ratsinformationssystem einsehbar ist. Grundsätzlich ist erkennbar, dass es von äußerster Dringlichkeit ist, dass die Kommunen durch das Land und den Bund besser mit finanziellen Mitteln ausgestattet werden.

Die CDU hat Fragen, zu dem Minderertrag beim Gemeindeanteil der Einkommenssteuer (Folie 3), der Aktualität der Arbeitskreisrechnung (Folie 14) und der mittelfristigen Finanzplanung (grundsätzlich).

Der niedrigere Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ist bedingt durch die Corona-Zeit, in der es auf Bundesebene weniger Einkommenssteuereinnahmen gab.

Die dem Bericht zugrundeliegende Arbeitskreisrechnung ist aus September 2023 und aktuell. Hierbei kann es noch Änderungen geben, jedoch ist diese zunächst die Grundlage, mit der die Kommunen arbeiten.

Bei der mittelfristigen Finanzplanung müssen die Entwicklungen hinsichtlich der Isolierungsmöglichkeiten abgewartet werden. Der Konsolidierungsdruck bleibt aber auch unabhängig davon bestehen.

Die SPD-Fraktion sagt, dass ihr kreative Lösungsmöglichkeiten zur Verbesserung der Haushaltssituation fehlen und möchte wissen, ob die Stadt, wenn die Möglichkeit der Isolierung der kriegsbedingten Kosten wegfällt, in die Haushaltssicherung gehen muss. Den Ablauf des Genehmigungsverfahrens des Haushaltes sieht sie problematisch.

Die Verwaltung geht davon aus, dass der Wegfall der Isolierungsmöglichkeiten bei der Genehmigung des beschlossenen Haushaltes 2023/24 kein Problem darstellt.

Zur Genehmigung des Jahresabschlusses 2021 geht man von einem Abschluss der Prüfung im ersten Quartal 2024 aus.